



Elon Musk verschärft den Konflikt mit der französischen Justiz. Nachdem in Paris ein Ermittlungsverfahren gegen die Plattform X eröffnet wurde, beleidigte der amerikanische Milliardär am Freitag mehrere französische Untersuchungsrichter öffentlich auf seiner Plattform – teils in vulgärer und homophober Sprache. Auslöser war ein Beitrag über die juristischen Probleme seines Unternehmens in Frankreich.

Die Pariser Staatsanwaltschaft hatte am 6. Mai offiziell ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und den Fall an mehrere Untersuchungsrichter übergeben. Im Zentrum stehen Vorwürfe möglicher algorithmischer Manipulationen, missbräuchlicher Datennutzung sowie die Verbreitung problematischer Inhalte über X und die KI-Anwendung Grok. Dabei geht es unter anderem um sexuelle Deepfakes, pädokriminelle Inhalte und revisionistische Beiträge.

Bereits am 20. April war Musk einer Vorladung der französischen Staatsanwaltschaft ferngeblieben. Sein demonstrativer Konfrontationskurs verleiht dem Verfahren inzwischen eine politische Dimension. Für Kritiker zeigt der Fall exemplarisch, wie globale Tech-Unternehmer wirtschaftliche Macht, öffentliche Reichweite und politische Einflussnahme miteinander verbinden. Unterstützer Musks sehen dagegen einen Angriff europäischer Behörden auf die Meinungsfreiheit.

Für Frankreich und die EU entwickelt sich die Affäre zu einem möglichen Präzedenzfall: Kann europäisches Recht gegenüber globalen Plattformen tatsächlich durchgesetzt werden – selbst dann, wenn deren Eigentümer offen die Konfrontation suchen?

Macron sucht in Afrika den Neustart französischer Einflussnahme

Emmanuel Macron beginnt an diesem Samstag eine mehrtägige Afrikareise nach Ägypten, Kenia und Äthiopien. Offiziell stehen Investitionen, Innovation, Energiepolitik, Ernährungssicherheit und Digitalisierung im Mittelpunkt. Politisch geht es jedoch um weit mehr: Frankreich versucht nach dem massiven Bedeutungsverlust im Sahel, seine Rolle auf dem afrikanischen Kontinent neu zu definieren.

Die erste Station führt Macron nach Ägypten, wo Gespräche mit Präsident Abdel Fattah al-Sisi sowie die Einweihung eines neuen Campus der Senghor-Universität in Alexandria vorgesehen



sind. Paris betrachtet Kairo zunehmend als strategischen Partner bei Fragen der regionalen Stabilität – vom Nahen Osten bis zur Sicherheit im Roten Meer.

Im Mittelpunkt der Reise steht jedoch Nairobi. Dort organisieren Frankreich und Kenia gemeinsam das Gipfeltreffen „Africa Forward“. Das Treffen soll Staatschefs, Unternehmen, Investoren, Start-ups und Vertreter der Zivilgesellschaft zusammenbringen. Besonders wichtig für Paris: Erstmals findet ein derartiges Format gemeinsam mit einem großen anglophonen Partnerstaat statt.

Die Wahl Kenias ist bewusst strategisch. Frankreich versucht, sich von der traditionellen Fixierung auf ehemalige frankophone Kolonien zu lösen und neue Partnerschaften aufzubauen. Präsident William Ruto gilt inzwischen als wichtiger Verbündeter Macrons bei der Reform internationaler Finanzinstitutionen und globaler Entwicklungsfinanzierung.

Der Hintergrund bleibt allerdings schwierig. Seit den Militärputschen im Sahel haben mehrere Staaten französische Truppen des Landes verwiesen und ihre Beziehungen zu Russland ausgebaut. Selbst im Senegal musste Frankreich zuletzt militärische Präsenz reduzieren.

Macrons Strategie setzt deshalb zunehmend auf wirtschaftliche Kooperation statt militärischer Präsenz. Themen wie Klimaschutz, Ausbildung, Energieversorgung und technologische Zusammenarbeit sollen die neue Grundlage der Beziehungen bilden. Doch der Wettbewerb um Einfluss in Afrika ist intensiver geworden. China, die Golfstaaten, Indien, die Türkei und Russland bieten ebenfalls Partnerschaften an – oft schneller, pragmatischer und mit weniger politischen Bedingungen.

Die Reise wirkt deshalb wie der Versuch einer geopolitischen Neuaufstellung. Macron will zeigen, dass Frankreich in Afrika weiterhin ein relevanter Akteur sein kann – allerdings unter deutlich veränderten Voraussetzungen.

Eklat in Carpentras: Pétain-Lied am 8. Mai sorgt für Empörung

Ein Vorfall im südfranzösischen Carpentras löst landesweit Empörung aus. Während Frankreich am 8. Mai traditionell das Ende des Zweiten Weltkriegs und den Sieg über Nazi-



Deutschland begeht, wurde in der Stadt über Lautsprecher das Lied „Maréchal, nous voilà“ abgespielt – die inoffizielle Hymne des Vichy-Regimes und eine offene Huldigung an Philippe Pétain.

Der symbolische Schock ist enorm. Das Lied war während der deutschen Besetzung eng mit der Kollaboration des Vichy-Regimes verbunden und wurde damals in Schulen, offiziellen Zeremonien und Jugendorganisationen verbreitet. Teilweise ersetzte es sogar die Marseillaise.

Dass ein solches Lied ausgerechnet am nationalen Gedenktag zur Befreiung Frankreichs öffentlich erklingt, wird von vielen als schwerwiegende Grenzüberschreitung empfunden. Die zentrale Frage lautet nun, ob es sich um eine absichtliche Provokation, einen politischen Akt oder um eine fahrlässige Panne handelt.

Die Affäre berührt einen besonders sensiblen Bereich der französischen Erinnerungskultur. Jahrzehntlang dominierte in Frankreich das Bild einer überwiegend widerständigen Nation. Erst 1995 erkannte Präsident Jacques Chirac offiziell die Verantwortung des französischen Staates für Deportationen und antisemitische Verbrechen unter dem Vichy-Regime an.

Zusätzliche Brisanz erhält der Vorfall durch die Geschichte von Carpentras selbst. Die Stadt war bereits 1990 nach der Schändung eines jüdischen Friedhofs zum Symbol der Debatte über Antisemitismus in Frankreich geworden.

Der aktuelle politische Kontext verschärft die Wirkung des Vorfalls zusätzlich. In vielen europäischen Ländern verlaufen Debatten über nationale Identität, Geschichte und Erinnerungspolitik zunehmend polarisiert. Verweise auf Vichy und Philippe Pétain gelten deshalb nie als neutrale historische Anspielungen, sondern als hochpolitische Symbole.

Gerade der Kontrast zwischen Anlass und Inhalt macht den Vorfall so verstörend: Während Frankreich am 8. Mai der Befreiung vom Nationalsozialismus gedenkt, ertönt in einer französischen Stadt ein Lied, das einst den Kollaborationsstaat verherrlichte. Selbst wenn sich der Vorfall letztlich als technische Panne herausstellen sollte, dürfte das politische und gesellschaftliche Unbehagen bleiben.

Christine Macha